

# Stadt stützt weiterhin das Essengeld

Schulspeisung wegen Mindestlohn ab 2015 teurer

VON DIRK WURZEL

**DÖBELN.** Die Stadt greift den Eltern weiter beim Essengeld finanziell unter die Arme. Das hat der Stadtrat auf seiner jüngsten Sitzung nach einer hitzigen Debatte beschlossen. Durch den flächendeckenden Mindestlohn muss der Versorger Sodexo seinen Angestellten mehr bezahlen, was die Preise für die Portionen steigen lässt. Die Firma liefert täglich rund 820 Portionen an die Döbelner Schulen und etwa 485 Portionen an die Döbelner Kindertagesstätten. Die Preissteigerung fällt je nach Einrichtung unterschiedlich hoch aus. In Schulen verteuert sich das Essen pro Portion um etwa 50 Cent, und in Kitas um etwa 25 Cent pro Tag. Einen Teil dieser Kostensteigerung fängt die Stadt Döbeln nun auf, so dass die Eltern für das Schulessen künftig zwischen 2,30 Euro und 2,68 Euro (Menü Jokertime) bezahlen müssen. Am Lessing-Gymnasium wird der Elternbeitrag künftig bei 3,30 Euro liegen. In den Kindertagesstätten kostet das Essen in Zukunft zwischen 1,84 und 1,98 Euro. Die Stadt wird durch den Beschluss 2015 rund 4500 Euro mehr ausgeben. 2013 bezahlte sie rund 23 370 Euro für die Stützung des Essens in Schulen und Kita. Die Stadt wird also 2015 rund gerechnet 27 900 Euro, vorausgesetzt der Stadt-Zuschuss für 2014 fällt ähnlich hoch aus, wie 2013. Genaue Zahlen liegen da aber noch nicht vor.

„Gutes Essen und gute Arbeit haben ihren Preis. Wir müssen die Mehrkosten verteilen und dafür sorgen, dass sozial schwächere Eltern nicht schlechter gestellt werden“, sagte Stadtrat und Landtagsabgeordneter Henning Homann (CDU). Dietmar Damm von der Fraktion „Wir für Döbeln“ warnte davor, dass das „Signal der Solidarität“ verloren ginge, stellte die Stadt ihren Zuschuss ein. „Herr Damm hat recht. Und dem gebe ich nicht immer recht“, bezog sich CDU-Stadtrat und Henning Homanns Koalitionskollege im Dresdner Landtag Sven Liebhauser auf seinen Vorredner. „Ich habe jedoch Bauchschmerzen, wenn ich an die finanzielle Zukunft Döbelns denke“, so Sven Liebhauser weiter. „Die Summen, über die wir hier reden, sind Peanuts“, befand Linken-Stadtrat Kay Hanisch, den Chef einer großen deutschen Bank zitierend. Die Debatte ins Rollen gebracht hatte FDP-Rat Rocco Werner. „Wer bestellt bezahlt. Wir sehen nicht ein, dass die Stadt dafür aufkommt, was die Bundesregierung angerichtet hat. Es heißt doch auch, dass der Mindestlohn dafür sorgt, dass die Leute mehr Geld in der Tasche haben.“